

Luxemburg

Wichard Woyke

Im Zentrum der luxemburgischen Europapolitik standen die Wahlen zum Europäischen Parlament, die Wahl zur Abgeordnetenversammlung sowie die internationalen und europäischen Auseinandersetzungen um Luxemburgs Rolle als internationale Finanzkapitale. Im Rahmen ihrer Strategie zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug hatte die EU-Kommission Anfang Februar einen Richtlinienvorschlag betreffend die Zusammenarbeit der Behörden bei der Steuerfestsetzung angenommen. Er enthält eine auf dem OECD-Musterabkommen basierende Bestimmung, wonach ein um Auskunft ersuchter Mitgliedstaat einem anderen Mitgliedstaat Auskünfte über einen Steuerpflichtigen nicht allein deshalb verweigern kann, weil diese Information unter das Bankgeheimnis fällt. Vor diesem Hintergrund sahen sich Staaten mit einem strikten Bankgeheimnis vermehrt internationaler Kritik ausgesetzt. Der Druck auf Luxemburg, die Schweiz, Liechtenstein und Österreich, Informationen über Bankkunden preiszugeben, stieg 2009 zusehends an. So gab und gibt es auf verschiedenen politischen Ebenen massive Bestrebungen, Transparenz und Austausch von Informationen für Besteuerungszwecke EU-weit umzusetzen. Insbesondere die Drohung der OECD im Vorfeld des Gipfeltreffens Anfang April 2009, in Steuersachen „unkooperative“ Länder auf eine schwarze Liste zu setzen, und auch entsprechende Sanktionen zu beschließen, hat dazu geführt, dass weltweit die Bereitschaft zur Umsetzung der OECD-Regeln zur Transparenz und Zusammenarbeit in Steuersachen bekundet wurde. Luxemburgs Premierminister Juncker zeigte sich in diesem Zusammenhang verärgert, dass sein Land im April auf einer Liste mit Steuerparadiesen erschienen war. So warf Juncker seinen EU-Partnern Wortbruch vor, da beim EU-Gipfel in März beschlossen worden war, dass kein EU-Land auf solch einer Liste auftauchen sollte.

Luxemburg war und ist bestrebt, als eines der Gründungsmitglieder der EU, unter Wahrung der nationalen Identität, das Regelwerk der EU einzuhalten und so einen gesetzlich stabilen und EU-konformen Rahmen für den Standort und seine Kunden zu schaffen. Aus diesem Grund hat auch Luxemburg den politischen Willen bekundet, diese OECD-Regel umzusetzen.

Im Mai 2009 verschlechterten sich die bis dahin ausgezeichneten luxemburgisch-deutschen Beziehungen, als der deutsche Finanzminister Steinbrück Luxemburg, Liechtenstein, die Schweiz mit Ouagadougou, der Hauptstadt Burkina Faso, gleichsetzte und dem Großherzogtum faktisch die Einladung zur Steuerhinterziehung unterstellte.¹ Diese Unterstellung wies nicht nur Premierminister Juncker empört zurück, als er erklärte, dass die Beziehungen erheblich unter den Angriffen des deutschen Finanzministers litten. „Wir haben uns seit dem Kriegsende um ein gutes Verhältnis zu Deutschland bemüht. Ich sehe auch keine Belastung für das Verhältnis zwischen den Deutschen und den Luxemburgern. Die Beziehungen zu einem Teil der deutschen Regierung sind aber massiv gestört, was diesem Teil der Regierung egal erscheint. Es werden Flächenbrände neu entzündet, die wir

1 Handelsblatt vom 5.5.2009.

längst ausgetreten haben“.² Am 7. Mai verabschiedete die Abgeordnetenkammer einstimmig eine Resolution, in der sie das Verhalten des deutschen Nachbarn, insbesondere des Finanzministers in Sachen so genannter Steueroasen einmütig missbilligte.³

Europawahl – rien de nouveau

Die Christlich-Soziale Volkspartei (CSV) von Premierminister Juncker konnte mit 31,4% der Stimmen erneut drei der sechs luxemburgischen Sitze für das Europäische Parlament gewinnen, musste allerdings gegenüber der Wahl von 2004 einen Verlust von 5,8 Prozentpunkten beklagen. Die Demokratische Partei (DP) war der eigentliche Gewinner, konnte sie doch ihren Anteil von 14,9 auf 19,3% steigern und damit den Sozialisten den zweiten Platz abspenstig machen. Die LSAP landete mit 19,0% erst an dritter Stelle. Ebenfalls ein Wahlgewinner waren die Grünen (Déi Greng), die von 15,0 auf 17,4% zulegen konnten. Liberale, Sozialisten und Grüne konnten somit jeweils einen Sitz im Europäischen Parlament erreichen. Mit einer Wahlbeteiligung von 91% hält Luxemburg wie auch bereits 2004 die Spitze bei einem EU-Durchschnitt mit 45,5% Wahlbeteiligung. Allerdings muss aufgrund der in Luxemburg bestehenden Wahlpflicht dieser Wert relativiert werden, wengleich bei einer Umfrage kurz vor der Wahl 84% der Befragten erklärt hatten, auch ohne Wahlpflicht an der Wahl teilzunehmen.

In Luxemburg wurden als einzigem EU-Land gleichzeitig nationale Parlamentswahlen abgehalten, deren Ergebnis sich von den Europawahlen deutlich unterscheidet. Hier fiel der Sieg der CSV mit 38,0% (+1,9) wesentlich klarer aus als bei den Europawahlen. Zweitstärkste Partei wurden die mit der CSV koalierenden LSAP, die mit 21,6% (-1,8) zweitstärkste Partei in der Kammer wurde. Deutlich schwächer als bei den Europawahlen schnitten Liberale und Grüne ab. So ging der Anteil für die Demokraten von 16,1% (2004) auf 15,0% (2009) zurück, was auch den Verlust eines Sitzes bedeutete. Die Grüne konnten ihren Anteil von 2004 – 11,6% – nahezu bestätigen (11,7%) und sind erneut mit sieben Abgeordneten in der Kammer vertreten. Die nationalkonservative AdR erreicht mit 8,1% vier Mandate und die sozialistische Linke kommt auf ein Mandat. Konnten z.B. die beiden, die Regierung bildenden Parteien CSV und LSAP bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus fast 60% der Stimmen auf sich vereinigen, so waren dies bei der Europawahl nur 51,4%. Das bedeutet, dass der Wähler bei der Europawahl wesentlich differenzierter geurteilt hat und kleineren Parteien größere Unterstützung gewährte, wengleich sich das Gesamtergebnis der sechs luxemburgischen Abgeordneten nicht geändert hat. Der amtierende Premierminister Juncker war bei beiden Wahlen das Zugpferd für die Christ-Sozialen. Juncker wurde vom Großherzog mit der Regierungsbildung erneut beauftragt. Im Juli 2009 bildeten CSV und LAV erneut eine Regierung unter der Führung von Premierminister Juncker.

Weiterführende Literatur

Informations et actualités du gouvernement luxembourgeois

Luxemburger Tageblatt

www.dp.lu/news

2 Luxemburger Wort vom 5.5.2009.

3 Luxemburger Wort 7.7.2009.